

Europas Utopien brauchen das Vertrauen der Bevölkerung

DEMOKRATIE BASIERT AUF RECHTEN UND PFLICHTEN - UMSO MEHR IN KRISENZEITEN

Noch vor wenigen Jahren ging man davon aus, dass sich immer mehr Staaten zu Demokratien entwickeln würden, doch heute leben weniger Menschen in funktionierenden Demokratien als vor 1989. Nicht nur Regierungen wenden sich der Autokratie zu, auch das Vertrauen der Bevölkerung schwindet. Immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, ihrer Freiheiten beraubt und blicken pessimistisch in die Zukunft. Was bedeutet das für die Utopien der Europäischen Union wie Demokratie, Freiheit und Solidarität?

von Daniela Ingruber

Mit seinem jüngsten Democracy Report, erschienen im Frühling 2023, bestätigte das schwedische Forschungsinstitut V-Dem wissenschaftlich ein unangenehmes Gefühl, das vielen Menschen in Europa bekannt erschienen sein mag: Die autokratischen Regime breiten sich weltweit aus, während immer weniger Personen in Demokratien leben (können). 72 Prozent der Menschheit, das sind 5,7 Milliarden Menschen, sind Bürger:innen autokratisch regierter Länder. Die vielgelobte liberale Demokratie hingegen ist nur noch 13 Prozent der Menschheit vorbehalten. Die Österreicher:innen zählen nicht dazu, denn Österreich wird von V-Dem seit 2023 nicht mehr zu den liberalen Demokratien gezählt, was nicht zuletzt am Umgang mit der Pressefreiheit liegt.

Die Bevölkerung scheint zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen zu sein wie die Wissenschaft und ist

offensichtlich unzufrieden mit dem Zustand der österreichischen Demokratie, wobei Wahlergebnisse in verschiedenen europäischen Ländern ein übereinstimmendes Bild abgeben: Die Bevölkerung ist erschöpft von Krisen, Korruption, leeren Versprechen und fühlt sich von ihren Politiker:innen nicht mehr gut genug vertreten. Populismus, Propaganda – und mindestens ebenso häufig die Schwächen und Fehler der alteingesessenen Parteien – tun das Ihre und treiben die Wähler:innen in die Hände von politischen Gruppierungen, die mit Demokratie wenig anfangen können oder wollen.

Zwar nennen sich fast alle Parteien und weltweit gesehen nahezu alle Länder demokratisch, doch sieht man allein daran bereits, wie sehr dieser Begriff gebogen werden kann, oder wie sehr man glaubt, ihn biegen zu können. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat

dafür ein eigenes Wort gefunden: *Illiberal* nennt er seine Vorstellung von Demokratie, die er in Ungarn weitgehend umgesetzt und damit auch Nachahmer:innen in anderen europäischen Staaten gefunden hat. Dass das nichts anderes bedeutet, als dass es sich eben um keine wirkliche Demokratie mehr handelt, weil zu einer solchen der Rechtsstaat gehört, kann nur halbwegs verborgen werden – oder es ist den Bürger:innen ohnehin gleichgültig. Das aber hat Hintergründe. Meist wird in diesem Zusammenhang von Angst gesprochen, sei es vor der Zukunft, vor einem materiellen Abstieg, der Klimakatastrophe, Krieg oder generell einem Gefühl von Dystopie, das zugegebenermaßen von der Filmindustrie über den Journalismus bis hin zur Wissenschaft immer wieder durchgespielt und andererseits von populistisch angelegten Parteien ausgenutzt wird.

Unzufriedenheit mit dem politischen System

Die aktuelle Lage scheint diese Befürchtungen zu verifizieren. Das, gepaart mit Politiker:innen, die zum Teil die Verbindung zur Bevölkerung verloren haben und nicht mehr die Kommunikationsfähigkeit besitzen, den Bürger:innen zu erklären, warum welche Maßnahme Sinn ergibt oder eben nicht oder warum man so agiert und nicht anders, lässt das Vertrauen in sie und in der Folge in die Demokratie sinken. So fühlen sich immer weniger Menschen in Österreich politisch gut vertreten. Unter den Jugendlichen ist dieses Gefühl laut der im November 2023 publizierten Jugendstudie von SORA besonders groß. Nur mehr 48 Prozent der 16- bis 26-Jährigen glauben, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Ein wesentliches Element dafür ist der Umstand, dass immer mehr Jugendliche wirtschaftlich unter Druck geraten und

keine Hoffnung auf Besserung in nächster Zeit sehen.

In der Gesamtbevölkerung ist die Unzufriedenheit noch weit größer. Laut Demokratiemonitor (SORA, Dezember 2023) sind nur noch 39 Prozent der in Österreich lebenden Menschen davon überzeugt, dass das politische System gut oder sehr gut funktioniert. Beim am wenigsten verdienenden Drittel der Bevölkerung liegt dieser Wert inzwischen lediglich bei 24 Prozent und wenn elf Prozent der Menschen in Österreich angeben, dass sie lieber eine Diktatur auf Zeit hätten, als die derzeitige parlamentarische Demokratie beizubehalten, dann kann das nur noch als beängstigend bezeichnet werden und zeigt, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um einerseits den Wert der Demokratie und andererseits jenen der europäischen Utopien nachvollziehbar zu machen und Letztere ins Gedächtnis zurück zu rufen und verstärkt umzusetzen.

Verletzlichkeit der Demokratie

Die Unzufriedenheit hat konkrete Konsequenzen für das demokratische Miteinander. Wenn man dem politischen System nicht mehr vertraut, zieht man sich entweder zurück oder man wählt jene, die versprechen, möglichst viel zu verändern. Dieses Phänomen sieht man in ganz Europa. Ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament steigt daher die Nervosität, nicht zuletzt weil es starke Interessen auch außerhalb Europas gibt, die Union zu schwächen. Die Propagandamaschinerie dazu ist schon vor langer Zeit angelaufen. Die Fake News auf den verschiedenen Social Media-Kanälen nehmen zu und beeinflussen immer mehr die politische Meinung, noch mehr allerdings die Emotionen, die dann mit fundierter Meinung verwechselt werden. Das ist nur möglich, weil

mit dem Vertrauensverlust gegenüber der aktuellen Politik auch der Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien steigt und ein Gegenbeweis ebenso angezweifelt wird. Österreich wird dabei besonders von russischer Propaganda beeinflusst, in anderen europäischen Staaten kommt dieser Einfluss eher aus dem Iran oder der Türkei.

Es geht dabei um wesentlich mehr als um die Beeinflussung von Machtverhältnissen im Europäischen Parlament, nämlich um eine Spaltung der in Europa lebenden Menschen vom politischen System und von der Demokratie an sich. Dass dies funktionieren könnte liegt an der Verletzlichkeit der Demokratie. Zwar kann man diese biegen und verletzen – schon Hans Kelsen bezeichnete sie als den „missbrauchstesten“ aller Begriffe – doch hält auch ein flexibles System wie eine Demokratie dies nur eine gewisse Zeit aus, ehe sie unter der Last zusammenbricht und dann rasch in ihr Gegenteil gekehrt wird. Einige der Anzeichen dafür sind Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, das Überhandnehmen von Kontrollmaßnahmen, die vermeintlich der Sicherheit gelten, tatsächlich aber die Menschen- und Bürger:innenrechte einschränken – das Fehlen von politischen Utopien gehört ebenfalls dazu.

Die Europäische Union wurde allerdings im Gegensatz zur in Österreich vielverbreiteten Meinung nicht als reine Wirtschaftsunion geschaffen, sondern sie basiert vor allem auf der Utopie, dass man in Freiheit, Frieden und ökonomischer sowie sozialer Sicherheit zusammenleben können soll. Wenn die Bevölkerung jedoch nicht mehr daran glaubt, zerbricht viel mehr als nur die eine oder andere Regierung.

Wirtschaftsmythen statt Utopie

Während die Menschen in den meisten EU-Mitgliedstaaten mit dieser Utopie vertraut sind und diese auch als wesentlich begreifen, was nicht automatisch bedeutet, dass sie immer daran glauben, ist dies in Österreich kaum der Fall. Zu stark ist der Glaube an die sogenannte Wirtschaftsunion verhaftet. Dementsprechend ist in einer Zeit der vielfachen Krisen Österreich jenes EU-Land, in dem die Europäische Union das schlechteste Image hat. Nur 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung können der EU-Mitgliedschaft etwas Positives abgewinnen. In Deutschland tun das immerhin 68, in Litauen 79 und in Luxemburg sogar 86 Prozent der Bevölkerung.

Dass die Österreicher:innen keine besonderen Utopien mit der Europäischen Union verbinden, kann zynisch betrachtet an einem „Blauen“ liegen, und damit ist keine Parteizugehörigkeit gemeint. Der Sager der einstigen SPÖ-Staatssekretärin Brigitte Ederer, dass sich alle Österreicher:innen jährlich „einen Tausender“ (für die jüngeren Leser:innen: der Tausend-Schillingschein wurde „Blauer“ genannt) sparen würden, steht bis heute sinnbildlich dafür, dass man das Ja zur Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft vorwiegend mit Hilfe wirtschaftlicher Argumente erreichen wollte. Die philosophischen Ansätze rund um ein gemeinsames Europa wurden nie in den Vordergrund gestellt – und werden es bis heute nicht. Brüssel, als Sinnbild für die Europäische Union wird von österreichischen Politiker:innen noch immer gerne als das benützt, woran man sich abputzen kann, ehe man selbst Verantwortung übernimmt oder komplizierte Erklärungen abgibt. Die Europäische Union wird daher noch immer als „das da draußen“ wahrgenommen. Warum also sollten die Österreicher:innen ausgerechnet in einer Zeit der

mannigfaltigen Krisen Freude an der EU entwickeln?

Mangelndes Wissen über die EU

Insofern mag es zunächst überraschend wirken, dass sich aktuell 66 Prozent der Österreicher:innen vorstellen können, zur Wahl zum Europäischen Parlament zu gehen, wie aus dem Eurobarometer vom Herbst 2023 hervorgeht. Das kann einerseits bedeuten, dass es eine Protestwahl werden soll, bei der man die Machtverhältnisse deutlich ändern will. Umgekehrt kann auch die Angst vor solchen Motiven bei anderen Wähler:innen dazu führen, verstärkt zur Wahl gehen zu wollen. Nach gemeinsamen Utopien sieht das nicht aus.

Solidarität besteht somit immer häufiger nur mit der eigenen Gruppe. Der Individualismus und das Einstehen für die eigenen Interessen – mit dem Argument, dass es sonst niemand tue – nehmen zu. In Österreich bedeutet der Ruf nach Frieden in Europa ohnehin vor allem, dass man in Ruhe gelassen werden möchte. Dass Österreich dementsprechend zu jenen Ländern gehört, in denen am wenigsten Menschen für eine derzeitige EU-Erweiterung sind, passt in dieses Bild, denn Basis ist die Sorge, die aktuellen Krisenszenarien nicht bewältigen zu können und daher auch nichts teilen zu wollen. Dabei zeigen alle Statistiken, dass Österreich nach wie vor von der EU-Mitgliedschaft profitiert und dass gerade globale Krisen nicht alleine bewältigt werden können. Das Prinzip der Solidarität und des gegenseitigen Beistands in der Europäischen Union ergibt so gesehen natürlich Sinn – auch ganz pragmatisch und besonders für kleinere Staaten wie Österreich.

Die Unzufriedenheit mit der Europäischen Union hängt allerdings

auch immer wieder mit mangelndem Wissen zusammen. Während allgemein bekannt ist, dass es in der EU viel zuviel Lobbying gibt – noch dazu hauptsächlich von Wirtschaftsinteressen geprägtes Lobbying im Gegensatz zu einem solchen, das sich um Menschenrechte, Klimaschutz oder Frieden kümmert – bleibt die tatsächliche Arbeit im Europäischen Parlament oder in der Kommission weitgehend unbekannt. Weiters scheinen fast alle zu wissen, dass die EU die Krümmung von Gurken bestimmt und ihr Staat sowieso Nettozahler ist. Gleichgültig ob dies der Wahrheit entspricht oder nicht, als politisches Argument wird es gerne benützt. Hier endet häufig die Beschäftigung mit der Europäischen Union, was man weniger der Bevölkerung als jenen vorwerfen muss, deren Aufgabe es wäre, diese zu informieren. Dazu gehören insbesondere die Regierung, allerdings auch ganz allgemein Politiker:innen, staatliche Institutionen sowie Medien.

Freiheit, Solidarität und Partizipationswille

Diese Haltung sowie der Zweifel an der Demokratie sind nicht nur mit wirtschaftlichen Sorgen verbunden, sondern schwächen zudem das Freiheitsgefühl der Menschen, die sich zunehmend einem Apparat ausgeliefert sehen, den sie nicht kontrollieren können und ihm deswegen misstrauen. Freiheit wird dann als individualistischer Mythos missverstanden. Es geht nicht mehr darum, gemeinsam in Freiheit zu leben, sondern meine persönlichen Freiheiten ausleben zu können und diese von mehreren Seiten bedroht zu sehen. Dass Freiheit im Sinne der Bürger:innen- und Menschenrechte zwar sehr wohl ein Recht darstellt, damit jedoch auch die Pflicht verknüpft ist, das Wohlergehen aller anderen mitzudenken, wird gerne übersehen. So ähnlich verhält es sich mit der Solidarität, die eher als

Opfer an andere betrachtet wird, denn als etwas, das erst die Grundlage für ein friedliches und wohlgeringendes Miteinander bildet.

Jegliche Utopie eines freien Europas braucht daher sowohl zum Scheitern als auch zu ihrer Umsetzung das Vertrauen und die Partizipation der Bevölkerung. Es wäre schade, die Entscheidung über die Zukunft der Europäischen Union lediglich den Politiker:innen zu überlassen. So gesehen ist es Zeit, sich verstärkt zu beteiligen. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit den Utopien von Demokratie, Freiheit und Solidarität – sowie das Vertrauen in ihren Wert. ■

Daniela Ingruber arbeitet als Demokratie- und Kriegsforscherin am Institut für Strategieanalysen (Wien). Davor war sie an der Donau-Universität Krems sowie an der UN-mandatierten University for Peace in Costa Rica tätig. Forschungsschwerpunkte sind Demokratieverständnis, Konflikttransformation, ethischer Journalismus, Verschwörungslügen sowie Politische Bildung. Neben ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit ist sie als Autorin und Moderatorin für Filmfestivals und Filmproduktionen tätig.



Foto: Susanne Horak

„Alles, was wir der Demokratie antun, hat Konsequenzen. Es bleiben Kratzer, Knicke und Dellen“, so die Demokratie- und Kriegsforscherin Daniela Ingruber in ihrem Vortrag „Europas fortwährende Utopie von Freiheit, Solidarität und Demokratie“ am 12.12.2023 im Europahaus Burgenland. Statistiken zeigten die Entwicklungen und Einstellungen zur Demokratie weltweit, wobei die Prognosen eher düster sind. Von der Wohlfühlendemokratie in Österreich wird viel gefordert, zugleich ist die Bevölkerung immer weniger bereit zu geben, so Ingruber. Zu den größten Feinden von Demokratie und Freiheit zählt sie Gewohnheit. Das Zitat von Albert Einstein „Wir können nur sehen, was wir gelernt haben zu sehen“ kann uns dazu anregen, wieder mit gutem Beispiel voran zu gehen und dafür zu sorgen, dass Freiheit, Solidarität und Demokratie wieder mehr Realität als Utopie werden.